

Der Platz des Himmlischen Friedens und Maos Lippen: Der bisher nicht gezeigte Dokumentarfilm „Tiananmen“ liefert eine Momentaufnahme der chinesischen Gesellschaft kurz vor den blutig niedergeschlagenen Demonstrationen von 1989.
Fotos SWYC

Ich kann mich nicht so genau erinnern: So beginnt ein Dokumentarfilm von Zhou Qing über ein Vorkommnis während der Kulturrevolution, bei dem zwei Lehrer an einer Mittelschule in Xi'an von ihren Schülern erschlagen wurden. Der Satz wird zum Leitmotiv des ganzen Films, er kehrt immer wieder, wenn die Zeitzeugen, die damals sechzehn Jahre alten Klassenkameraden und Rotgardisten, nach Einzelheiten des grauenhaften Geschehens befragt werden. Hinter der Rekonstruktion des Falls kommt als das eigentliche Thema des Films immer mehr zum Vorschein, was der Astrophysiker und Dissident Fang Lizhi einmal die „chinesische Amnesie“ genannt hat: der Unwille, sich der schmerzhaften Vergangenheit zu stellen, wodurch jede Generation von Neuem in einem historischen Vakuum aufzuwachsen droht.

Doch ist der Film zugleich ein Beleg dafür, dass sich viele Chinesen damit nicht zufriedengeben, dass ihnen die Geschichte zu wichtig ist, als dass sie sie den offiziellen Versionen der Partei überlassen würden. „Unsere Arbeit hier hatte das Ziel“, sagt Filmemacher Zhou Qing aus dem Off, „jeden der Menschen, die damals in diese Geschehnisse verwickelt waren, zu der Geschichte, wie sie sich damals ereignete, zurückzubringen.“

Den Film kann man samt englischen Untertiteln auf einer Website namens „China Unofficial Archives“ (minjian-dangangan.org) sehen, die als Ganzes das beeindruckende Dokument eines anderen, verblüffend heterogenen Chinas ist. In Berlin wird das Projekt jetzt seinen ersten öffentlichen Auftritt haben, wenn es vom 12. bis 14. März zusammen mit dem Filmkuratorenkollektiv CiLENS und dem „Berlin Contemporary China Network“ das Dokumentarfilmfestival „Unseen History, Unsettled Memories“ veranstaltet.

Das Archiv war 2023 aus einem Buch des amerikanischen Publizisten und Pulitzer-Preisträgers Ian Johnson hervorgegangen: „Sparks – China's Underground-Historians and their Battle for the Future“. Er hatte dort chinesische Blogger, Filmemacher, Schriftsteller und Wissenschaftler porträtiert, die unter oft großen persönlichen Risiken das Geschichtsbild der Kommunistischen Partei herausfordern. Eine ganze „Bewegung von Untergrund-Historikern“, schrieb Johnson, habe in den letzten zwanzig Jahren Fahrt aufgenommen, verbunden bloß durch die Überzeugung, dass „eine moralische Gesellschaft nicht auf Lügen und Schweigen gegründet sein“ könne. Mit dem inoffiziellen Archiv will er nun die verstreuten, oft schwer auffindbaren Texte und Filme dieser sehr unterschiedlichen, getrennt voneinander arbeitenden Autoren der chinesischen Öffentlichkeit zugänglich machen. Finanziert wird das Projekt durch mehrere Stiftungen aus der chinesischen Diaspora. Johnson selbst, der mittlerweile in Berlin lebt, wirkt als Koordinator und Übersetzer ehrenamtlich dabei mit, und ansonsten sind drei chinesische Rechercheure fest angestellt, die in Kanada und den USA wohnen. Jede Woche treffen sie sich einmal online zu einer Konferenz, in der sie besprechen, was als Nächstes veröffentlicht werden soll.

Natürlich wurde das Archiv im chinesischen Internet sofort gesperrt, aber wer über die Verschlüsselungstechnik eines VPN verfügt, kann es auch in der Volksrepublik nutzen. Johnson betont, dass sie sich nicht zum Fürsprecher bestimmter Positionen oder Personen machen, sondern einfach nur Materialien unterschiedlicher Richtungen bereitstellen wollen, die jeder auf seine Weise erkunden kann. Die Grundsprache ist Chinesisch; die meisten der bereitgestellten Bücher sind nicht übersetzt. Doch zu allen Materialien und deren Urhebern gibt es Einführungen, die auch auf Englisch verfügbar sind. So kann man auch aus der Ferne einen Einblick in das Innere von historischen Konstellationen und Debatten in der Volksrepublik bekommen, wie er sonst kaum irgendwo zu haben ist.

Zum Beispiel lernt man den radikalen Nonkonformismus der Dichterin Lin Zhao kennen, einer Art chinesischer Simone Weil, deren unbeugsamer Charakter für ganze Generationen unabhängiger Geister in China ein Vorbild gewesen ist. Das Archiv dokumentiert einen Film und ein Buch über sie sowie den 137 Seiten langen Essay, den sie 1965 in der Haft schrieb und an die Par-



Die versteckten Kameras

Ein „inoffizielles Archiv“ zeigt, dass viele Chinesen sich mit der staatlichen Version ihrer Geschichte nicht zufriedengeben. In Berlin findet dazu ein Filmfestival statt.

Von Mark Siemons



teizeitung „Renmin Ribao“ schickte, bevor sie 1968 hingerichtet wurde. Als junge Frau war sie noch vor Gründung der Volksrepublik in den kommunistischen Untergrund gegangen, doch als sie während der Hundert-Blumen-Bewegung für Kommilitonen an der Peking-Universität Partei ergriffen hatte, wurde sie in der Anti-Rechts-Kampagne 1957 wie so viele andere Linke als „Rechte“ klassifiziert.

Es begann für sie eine Zeit immer neuer Verhaftungen, in der die ehemalige Methodistenschülerin sich schrittweise vom Klassenkampf löste und ihren christlichen Glauben wiederentdeckte. „Ich werde es nie für richtig halten“, schrieb sie aus dem Gefängnis, „dass es in der weiten Welt, die Gott uns zum Leben gegeben hat, für die Menschheit je die Notwendigkeit geben wird, sich in einem Kampf auf Leben und Tod zu verausgaben.“ Zugleich ermahnt sie die Kritiker der KP, „das Ziel unseres Kampfes nicht dadurch zu entwürdigen, selber eine Art Sklavenhalter werden zu wollen“. 1980 wurde Lin Zhao offiziell rehabilitiert, aber bis heute ist sie eine brisante Figur geblieben.

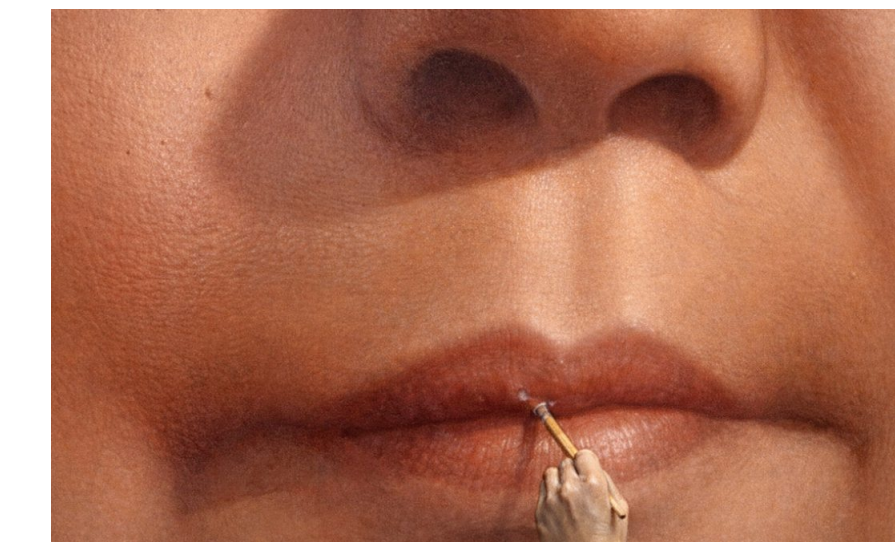
Was die Website auch für Westler zum Erlebnis macht, sind nicht sensationelle neue Enthüllungen, wohl aber ein Einblick in die Zwischenräume der chinesischen Gesellschaft, in die spezifischen Mischungsverhältnisse zwischen Eingebundensein und Kritik. China sei ein viel chaotischerer Ort, als man oft denke, sagt Ian Johnson. So handle es sich bei den meisten Beiträgern seines Archivs auch

nicht um Fundamentaloppositionelle, die man im Westen als Dissidenten bezeichnen würde, sondern um Leute, die als Professoren, Redakteure oder Lektoren mit einem Bein innerhalb des Systems stehen und es dennoch wagen, mit dessen Narrativen zu brechen.

Johnson, der viele Jahre für das „Wall Street Journal“, die „New York Times“ und die „New York Review of Books“ aus China berichtet hat, aber 2000 keine Verlängerung seines Journalistenvisums mehr bekam, will mit seinem Projekt nicht zuletzt gegen eine fatalistische Einstellung gegenüber China angehen. Weil sich der Staat unter Xi Jinping in eine noch autoritärere Richtung entwickelt hat, würden viele im Westen China jetzt abschreiben. Das aber werde all den Chinesen nicht gerecht, die ihre Möglichkeiten innerhalb des Landes nutzen, um sich gegen Unrecht und Lüge zu stellen.

Johnson weist darauf hin, dass der Sinn für Gerechtigkeit, Loyalität und Denkfreiheit tief in der chinesischen Tradition verwurzelt ist, vor allem in dem mehr als zweitausend Jahre alten Jianghu-Motiv, einem utopischen Ort zwischen Flüssen und Seen, von dem aus ritterliche Rebellen den Armen und Unterdrückten gegen korrupte Beamte beistehen.

So wirft der Newsletter, der dem Archiv beigegeben ist, auch die Frage auf, wie sich die Würde derer wiederherstellen lässt, die von der Partei auf bloße Zeichen des politischen Kampfs reduziert wurden. Die Frage nimmt Bezug auf das im Archiv dokumentierte



Der Film „I Have Graduated“ (links) zeigt, was Peking Studentendrei Jahre nach dem Massaker über Karriere, Sex und den politischen Umbruch denken.

in seinem Dokumentarfilm „The Secret of my Success“ einen großsprecherischen Familienplanungsfunktionär vorstellt, der um seinen Kopf fürchtet, weil eine schwangere Frau in seinem Dorf sich seiner Kontrolle entzogen hat. „Das hat nichts mit uns als Individuen zu tun“, beschwört die verzweifelte Dorfvorsteherin den Ehemann der flüchtigen Frau: „Das ist eine nationale Angelegenheit.“ Der seltene Einblick in das trostlose Innere der Machtmechanik lässt den Horror der erst 2016 abgeschafften Einkindpolitik nur um so markanter hervortreten.

Auch die öffentlich bisher nicht gezeigten Dokumentationen, die das vom Archiv veranstaltete Berliner Filmfestival jetzt im März präsentiert, sind einem solchen Realismus verpflichtet. Die Filme stammen von einer Gruppe von vier Peking Filmemachern namens SWYC, die Ende der Achtzigerjahre zusammenfand. Drei von ihnen arbeiteten damals bei staatlichen Fernsehkanälen. Der längste Film, „Tiananmen“, erkundet in acht fünfzig bis sechzig Minuten langen Teilen die Gegend rund um den Peking Platz des Himmlischen Friedens und entwirft so eine Momentaufnahme von China im symbolträchtigen Jahr 1989, von Avantgardiekünstlern und Intellektuellen, von den letzten noch lebenden Zeitzeugen der Qing-Dynastie bis zu denen, die sich am Rande der Gesellschaft durchschlagen. Der Film war ursprünglich für das staatliche Fernsehen produziert worden, doch nach den Demonstrationen hielten die Zensoren seinen Titel und seinen Realismus offenbar für zu brisant, um ihn noch auszustrahlen. Andere Filme zeigen das Leben Peking Studentendrei Jahre nach den Unruhen und das Innere von Umerziehungseinrichtungen für Jugendliche. Eine Podiumsdiskussion bringt die Filmemacher mit chinesischen Intellektuellen zusammen, die in Deutschland leben, und verbindet das Peking Umbruchsjahr so mit der Berliner Gegenwart.

Die Veröffentlichungen des Archivs reichen bis in die Gegenwart heran, etwa zur Aufarbeitung des COVID-Lockdowns in Wuhan oder zu einer Dokumentation feministischer Aktionen in China von 2020 bis 2023. Viele der Beiträge sind einfach dadurch „inoffiziell“, dass sie an der Stelle der sterilen Propagandaschablonen nicht vorsortierte Wirklichkeitssplinter präsentieren – zum Beispiel wenn Fan Jian über Monate hinweg mit versteckter Kamera die Unterhaltungen in einem Peking Taxi aufzeichnet. Oder wenn Duan Jinchuan

Das Dokumentarfilmfestival „China: Unseen Histories, Unsettled Memories“ wird vom 12. bis zum 14. 3. 2026 im Sinema Transpota in Berlin zu sehen sein. Die Website „China Unofficial Archives“ lautet minjian-dangangan.org

Politik der Lügen

Geschichtsfälschung: Was Moskau anstelle des Gulag-Museums plant

In Moskau wird anstelle des Gulag-Museums in Kürze das „Museum des Andenkens“ eröffnet, teilte das Bürgermeisteramt vor wenigen Tagen mit. Es soll dem Gedenken an die Opfer eines „Genozids am sowjetischen Volk“ durch die Nationalsozialisten während des sogenannten Großen Vaterländischen Krieges gewidmet sein. Es ist bemerkenswert, wie viele Geschichtsfälschungen eine so knappe Mitteilung enthält und wie viele folgenschwere Entwicklungen in diesen einen Vorgang münden.

Die älteste Lüge ist schon der Begriff „Großer Vaterländischer Krieg“. Er setzt den Kriegsbeginn für die Sowjetunion auf den deutschen Überfall am 22. Juni 1941 fest und verdeckt damit, dass die UdSSR nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939 mit dem Einmarsch in Ostpolen in den Zweiten Weltkrieg eingetreten war.

Die Schließung des Moskauer Gulag-Museums ist eine symptomatische Episode im Prozess der Rehabilitierung Stalins. Seine Schreckensherrschaft wird in Putins Russland als notwendiger Preis für den Sieg umgedeutet. Schon 2014 wurde das von Menschenrechtlern und ehemaligen politischen Häftlingen gegründete Museum „Perm-36“ im gleichnamigen Gulag-Lager unter staatliche Kontrolle gebracht und widmete sich fortan vor allem dem „heldenhaften Einsatz“ der Lagerwächter sowie dem „Beitrag der Gefangenen zum Sieg“.

Die zentrale Lüge ist allerdings der sogenannte Genozid am sowjetischen Volk, Russlands Beitrag zum internationalen Trend der Verwässerung des Genozidbegriffs. Die Formulierung tauchte im offiziellen Sprachgebrauch erstmals um 2020 in einer Rede Putins auf. Kurz darauf bündelte der Chef des Ermittlungskomitees, Alexander Bastrykin, alle propagandistischen Pseudoermittlungen zu NS-Verbrechen, die seine Behörde seit einigen Jahren führte, zu einem großen Verfahren wegen „Genozids am sowjetischen Volk“. Von allen seriösen Forschern wird dieser Begriff einhellig abgelehnt.

Der Historiker Konstantin Pachaljuk, bis 2022 Mitarbeiter der Russischen Militärgeschichtlichen Gesellschaft, sieht darin den Versuch, vom Holocaust abzulenken und die Sowjetunion, vor allem aber Russland, nicht nur als Sieger, sondern auch als Hauptziel und größtes Opfer der Nationalsozialisten darzustellen. Zudem diene der Begriff der Verschleierung sowjetischer Verbrechen, brutaler und inkompetenter Kriegsführung sowie massenhafter Kollaboration. 2025 wurde das „Andenken an den Genozid am sowjetischen Volk“ gesetzlich verankert; ein Gesetzentwurf sieht zudem vor, seine „Leugnung“ unter Strafe zu stellen.

Das „sowjetische Volk“ ist ebenfalls ein ideologisch geprägtes Konstrukt, das politische Endziel der Russifizierungspolitik: Alle Ethnien der UdSSR sollten in einem großen, von Russen dominierten Sowjetvolk aufgehen. Dass die Russen de facto das Staatsvolk der Sowjetunion waren, zeigte sich unter anderem daran, dass die Russische Föderation als einzige Sowjetrepublik keine eigene kommunistische Partei hatte.

Paradoxerweise wurde diese Tatsache in den letzten Jahrzehnten der UdSSR von russischen Nationalisten als Beleg für einen vermeintlichen „Genozid am russischen Volk“ interpretiert. Als Täter galten die „jüdischen“ Kommunisten. In den Neunzigerjahren wurde diese Erzählung von der sogenannten rot-braunen Allianz aufgegriffen, einem informellen, aber einflussreichen Bündnis reaktionärer Kommunisten und Ultranationalisten. In dieser Koalition galten nicht mehr die Bolschewiki als Täter, sondern „jüdische“ Liberale, die angeblich als Handlanger des Westens andere Nicht-russen zum „Genozid an den Russen“ mobilisiert hätten.

Dieses Opfernarrativ hat sich auch außerhalb dieser Kreise weitgehend etabliert, nicht zuletzt weil es von einer kritischen Auseinandersetzung mit dem imperialen Charakter Russlands ablenkt, und geht nun im Konzept des „Genozids am sowjetischen Volk“ auf.

Aber vor allem soll das geplante Museum Russlands Krieg gegen die Ukraine als Fortsetzung des „Großen Vaterländischen Krieges“ gegen die vermeintlichen Nachfolger der NS-Täter legitimieren. Schon zur Begründung der Vollinvasion erklärte Putin, die Weigerung der Ukrainer, sich Russen zu nennen, mache das russische Volk kleiner und komme einem Genozid gleich.

NIKOLAI KLIMENIOUK